CDU-Stadtverordnetenfraktion der Kreisstadt Homberg (Efze)|
Steinweg 3 | 34576 Homberg (Efze)

Christian Haß
Fraktionsvorsitzender
info@cdu-homberg.de

Homberg (Efze),05.11.2026

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
Dr. Martin Herbold
Rathausgasse 1
34576 Homberg (Efze)

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

die CDU-Fraktion bittet, den nachfolgenden Antrag „**Mehr Sicherheit für unsere Seniorinnen und Senioren**“ zur Abstimmung auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetensitzung zu nehmen:

„Der Magistrat der Kreisstadt Homberg (Efze) wird gebeten, gemeinsam mit den zuständigen Straßenverkehrsbehörden die Möglichkeiten zur Anordnung streckenbezogener Geschwindigkeitsbegrenzungen auf 30 km/h im Bereich der Seniorenresidenz Papillon und des Caritas Altenpflegeheims St. Marien zu prüfen und die notwendigen Schritte zur Umsetzung einzuleiten.“

Dabei sollen insbesondere folgende Bereiche betrachtet werden:

1. Seniorenresidenz Papillon – Melsunger Straße
Im Bereich der Seniorenresidenz Papillon soll geprüft werden, ob eine streckenbezogene Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h angeordnet werden kann.
Die Melsunger Straße vermittelt in diesem Bereich teilweise den Eindruck einer Rennstrecke. Gerade am Ortseingang/-ausgang wird häufig mit hoher Geschwindigkeit gefahren. Dabei befindet sich unmittelbar dort die Seniorenresidenz, deren Bewohnerinnen und Bewohner besonderen Schutz und Rücksichtnahme benötigen.
Die Sicherheit der Bewohnerinnen und Bewohner der Seniorenresidenz Papillon muss bereits heute gewährleistet werden. Deshalb soll unabhängig von den Planungen und der späteren Umsetzung des neuen Wohnquartiers auf dem ehemaligen Krankenhausgelände geprüft werden, welche kurzfristigen Maßnahmen zur streckenbezogenen Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h und zur Verkehrsberuhigung möglich sind.

2. Caritas Altenpflegeheim St. Marien – Ziegenhainer Straße
Auch die Verkehrssituation im Bereich des Altenpflegeheims St. Marien soll überprüft werden. Insbesondere die Straßenführung und das Beschleunigen von Fahrzeugen, ab dem Küchentreff, stellen aus unserer Sicht eine Situation dar, die für ältere und in ihrer Mobilität eingeschränkte Menschen besonders aufmerksam betrachtet werden muss.
Hier soll geprüft werden, ob die bereits bestehende streckenbezogene Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h bis an den unteren Kreisel am Heinrich-Ruppel-Platz erweitert werden kann und welche zusätzlichen Maßnahmen zur Erhöhung der

Verkehrssicherheit sinnvoll sind. Dabei sollen auch die tatsächlich gefahrenen Geschwindigkeiten und die Wirksamkeit der vorhandenen Beschilderung betrachtet werden.

3. Weitere Senioren- und Pflegeeinrichtungen
Ergänzend soll die Verkehrssituation an sämtlichen weiteren Alten-, Pflege- und Seniorenwohneinrichtungen im Stadtgebiet und in den Stadtteilen überprüft werden.
Bereits bestehende streckenbezogene Geschwindigkeitsbegrenzungen sollen dabei erfasst und auf ihre Wirksamkeit überprüft werden. Wo erforderlich, sollen weitere geeignete Maßnahmen vorgeschlagen werden.

4. Konkrete Maßnahmen und Zeitplan
Der Magistrat wird gebeten, der Stadtverordnetenversammlung innerhalb von sechs Monaten nach Beschlussfassung einen Bericht vorzulegen.
Soweit die rechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind, soll der Magistrat die erforderlichen verkehrsrechtlichen Anordnungen und Umsetzungsschritte zeitnah veranlassen beziehungsweise bei den zuständigen Behörden beantragen.

Begründung:
Unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger haben ein Recht darauf, sich in ihrer Wohnumgebung sicher zu fühlen. Gerade vor Alten- und Pflegeheimen sollte die Rücksichtnahme im Straßenverkehr selbstverständlich sein.
Viele Bewohnerinnen und Bewohner sind aufgrund ihres Alters oder gesundheitlicher Einschränkungen nicht mehr so mobil wie früher. Sie benötigen mitunter einen Rollator oder Rollstuhl, sind beim Überqueren einer Straße langsamer oder können auf unerwartete Verkehrssituationen nicht mehr schnell reagieren.
Umso wichtiger ist es, dass wir als Stadt Verantwortung übernehmen und mögliche Gefahrenstellen rechtzeitig erkennen.
Besonders die Situation vor der Seniorenresidenz Papillon am Ortseingang/-ausgang sowie im Bereich des Altenpflegeheims St. Marien in der Ziegenhainer Straße verdient unsere Aufmerksamkeit.
Es kann nicht sein, dass sich ältere Menschen vor ihrer eigenen Wohn- und Pflegeeinrichtung durch schnell fahrenden Verkehr unsicher fühlen müssen. Eine Straße darf gerade dort nicht den Charakter einer Rennstrecke bekommen, wo Menschen leben, die auf besondere Rücksichtnahme angewiesen sind.
Gerade bei der Seniorenresidenz Papillon darf die notwendige Verbesserung der Verkehrssicherheit nicht auf die spätere Entwicklung des ehemaligen Krankenhausgeländes

vertagt werden. Die Planungen für das neue Wohnquartier können noch Zeit in Anspruch nehmen. Unsere Seniorinnen und Senioren leben jedoch bereits heute dort und müssen sich sicher fühlen können.
Wir wollen keine pauschalen Geschwindigkeitsbeschränkungen im gesamten Stadtgebiet. Wir wollen gezielte und nachvollziehbare Verbesserungen an besonders sensiblen Stellen.
Die bestehenden rechtlichen Möglichkeiten der Straßenverkehrsordnung sollen deshalb ausgeschöpft werden, um die Sicherheit unserer Seniorinnen und Senioren zu verbessern.
Wir sollten nicht erst handeln, wenn etwas passiert ist. Es geht um Menschen, um ihre Sicherheit und um ein Stück Lebensqualität im Alter.
Rücksichtnahme darf keine Frage des Alters oder der Mobilität sein. Sie sollte für uns alle selbstverständlich sein.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

Christian Haß
Fraktionsvorsitzender